

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

80 Jahre deutscher Überfall auf die Sowjetunion – Für eine Politik der Entspannung gegenüber Russland und eine neue Ära der Abrüstung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 startete Nazi-Deutschland mit dem „Unternehmen Barbarossa“ den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Sowjetunion. In einem „Blitzkrieg“ sollte die deutsche Wehrmacht das sowjetische Territorium bis zum Ural erobern und auf Dauer besetzen. Der Feldzug wurde vom ersten Tag an auch mit den Mitteln barbarischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung geführt. Eines der größten Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht während des Krieges gegen die Bevölkerung der Sowjetunion war die Blockade der Metropole Leningrad vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944. In den Jahren der Hungerblockade starben dort Schätzungen zufolge über eine Million Menschen.

Die deutsche Kriegsplanung sah auch aus „rassenideologischen“ Gründen im Jahr 1941 für die Sowjetunion ausdrücklich vor, dass die Bevölkerung um 30 bis 50 Millionen Menschen „reduziert“ werden sollte. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion gingen die Nazis zur systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden in Europa über. Insgesamt wurden infolge von Krieg und deutscher Besatzung 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten der Sowjetunion getötet, darunter zwischen 1,5 bis 2 Millionen Jüdinnen und Juden in den westlichen Gebieten der Sowjetunion. Von den mehr als fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen kamen ca. 3,3 Millionen ums Leben. Der Deutsche Bundestag verneigt sich in Demut vor den Opfern und ihren Angehörigen.

Die Wehrmacht hinterließ verbrannte Erde: 30 Prozent des von deutschen Soldaten okkupierten Territoriums in der Sowjetunion waren nach der Befreiung durch Einheiten der Roten Armee zunächst unbewohnbar. Zerstört wurden 1.710 Städte, 70.000 Dörfer, 32.000 Fabriken, 2.766 Kirchen und Klöster, 4.000 Bibliotheken und 427 Museen.

Der Deutsche Bundestag weiß um die historische Schuld Deutschlands und bekennt sich zu dieser historischen Verantwortung, die auch 80 Jahre nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion fortbesteht. Der Deutsche Bundestag weist alle - auch indirekten - Versuche zurück, die darauf gerichtet sind, die ausschließliche Verantwortung Nazideutschlands für den Beginn des Zweiten Weltkrieges zu relativieren oder gar zu leugnen.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass für eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland zu nehmen. Weder unter ökonomischen noch geostrategischen Aspekten liegt ein neuer Eiserner Vorhang im europäischen oder deutschen Interesse. Er löst keinen der schwelenden Konflikte.

Notwendig sind die Abkehr von militärischer Konfrontation, Eskalation und Aufrüstung.

Der Deutsche Bundestag kritisiert die angestrebte Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO durch Deutschland. Mit der Steigerung der Militärausgaben auf 85 Milliarden Euro würde Deutschland zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa, mit deutlichem Abstand vor den NATO-Verbündeten Frankreich und Großbritannien wie auch Russlands. Bereits aktuell betragen die Militärausgaben der NATO das 18-fache von Russland – und immer noch fast das Sechsfache von China.

In Deutschland gab und gibt es Ablehnungen bis hin zum Hass gegenüber Russland und seiner Bevölkerung. Dies muss – schon im Interesse der Sicherung des Friedens – überwunden werden. Am 9. November 1990 wurde „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) unterzeichnet, den der Deutsche Bundestag am 25. April 1991 ratifiziert hat. Rechtsnachfolger der Sowjetunion ist die Russische Föderation. Dieser Vertrag muss wieder belebt werden. Das Ziel muss Freundschaft sein.

Gute politische und ökonomische Beziehungen hat Deutschland zu allen ehemaligen Sowjetrepubliken anzustreben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zum Anlass zu nehmen, Verhandlungen über einen Deutsch-Russischen Vertrag mit dem Ziel aufzunehmen, Versöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland zu erreichen und zu verstetigen;
2. im Rahmen der EU und NATO verstärkt für allgemeine und weltweite Abrüstung sich einzusetzen, energisch auf den Abschluss und die Durchsetzung umfassender Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen hinzuwirken und selbst durch eine konsequente Abrüstungs- und restriktive Rüstungsexportpolitik voranzugehen und den Weg für ein atomwaffenfreies Deutschland frei zu machen;
3. sich für die (Wieder-)Aufnahme Russlands in bestehenden bzw. neuen Dialogformaten und die Reaktivierung von eingefrorenen Gremien einzusetzen;
4. sich in der EU stärker für das Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok mit allen ehemaligen Sowjetrepubliken einzusetzen, das nicht nur Rohstoffpartnerschaften oder Technologietransfer bzw. Austausch umfasst, sondern als künftiges Friedensprojekt eine Rolle spielt. In das Konzept eingeschlossen werden sollte eine institutionalisierte Partnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU);
5. sich zusammen mit der Russischen Föderation für ein System beidseitiger Sicherheit in Europa einzusetzen;
6. sich in der EU dafür einzusetzen, die Wirtschaftssanktionen, die überwiegend die Bevölkerung treffen, gegen die Russische Föderation zu beenden;

7. sich in der EU dafür einzusetzen, den Beitritt der Russischen Föderation 2019 zum Pariser Klimaabkommen als Grundlage für einen europäischen Green Deal mit Russland, dem größten Flächenstaat der Erde, zu nutzen. Ohne Kooperation mit Russland wird Europa seine hochgesteckten Klima- und Umweltziele nicht erreichen;
8. sich auf Ebene der EU dafür einzusetzen, dass die bestehende Visapflicht mit der Russischen Föderation und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken schrittweise abgebaut wird;
9. verstärkt den Schüler- bzw. Jugendaustausch mit Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zu beleben und zu fördern;
10. deutsch-russische Städtepartnerschaften und Partnerschaften mit Städten in allen weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken zu fördern.

Berlin, den 4. Mai 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion